



Meinung ungeschminkt

Nigel Farage zieht Merkel wegen Migrationspolitik zur Verantwortung



Der britische EU-Parlamentarier Nigel Farage zieht in seiner Rede vor dem EU-Parlament die deutsche Kanzlerin Angela Merkel für die EU-weiten Schäden und Kosten aufgrund ihrer Migrationspolitik zur Verantwortung. Doch ausbaden dürfen das mal wieder alle Deutschen ...

Der britische EU-Parlamentarier Nigel Farage gilt als eine Schlüsselfigur für den Abstimmungserfolg der Brexit-Befürworter beim EU-Referendum am 23. Juni 2016. Er ist bekannt für seine EU-kritische Haltung und seine bissigen Kommentare. Auch in seiner Rede vor dem EU-Parlament in Straßburg am 13. November 2018 nimmt er kein Blatt vor den Mund. In gut einer Minute bringt er seine ungeschminkte Meinung zur Migrationspolitik der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel auf den Punkt. Farage zieht sie für die bedingungslose Öffnung der Grenzen und die daraus entstehenden Schäden und Kosten zur Verantwortung. Letztlich wird aber ganz Deutschland zur Verantwortung gezogen werden, wenn es darum geht, die Konsequenzen der Migrationspolitik Merkels auszubaden. So sehr man sich auch über Nigel Farages Stil streiten mag, seine Rede stellt dennoch eine beachtenswerte Gegenstimme zum gängigen Tenor von Politik und Systemmedien zur Migrationspolitik dar.

Hier nun drei kurze Auszüge aus seiner Rede:

„Frau Merkel, viele meiner EU-skeptischen Kollegen hier haben Sie heute ausgebuht, aber das sollten sie vermutlich nicht. Die Briten sollten Ihnen applaudieren, denn ohne Sie hätten wir nie den Brexit bekommen, und dafür möchte ich Ihnen vielmals danken. Ihr „Wir schaffen das“ hat eine riesige Migrantenflut ausgelöst, einen Massenansturm übers Mittelmeer. Junge Männer aus sehr unterschiedlichen Kulturen, die niemals die Absicht hatten, sich hier zu integrieren. Junge Männer, von denen keiner je wirklich ein Flüchtling war. Wir haben uns das beim Brexit-Referendum angesehen und gesagt: Mit dieser immer mehr von Deutschland dominierten EU wollen wir nichts zu tun haben, und ganz sicher wollen wir nicht den Preis für Frau Merkels Versagen zahlen. Sie hatten eine lange erfolgreiche Karriere, aber Ihre gefährliche Entscheidung, bedingungslos Tür und Tor zu öffnen, war die schlechteste politische Entscheidung der Nachkriegszeit in Europa. Ist es nicht allmählich an der Zeit, dass Sie ihren Fehler endlich zugeben. Ist es nicht an der Zeit, dass Sie sich bei den deutschen und vielen anderen Bürgern Europas entschuldigen und sagen: Es tut mir leid für das, was ich Euch angetan habe und für die Probleme, die ich Euch für viele noch kommende Jahrzehnte aufgehalst habe?“

von hm.

Quellen:

<https://ddbnews.wordpress.com/2018/11/14/eil-nachricht-aus-frankreich/?fbclid=IwAR0A6ix5DT87iEAWrgEMKqOpk9BLhBChjr0MmlQZWxeywdMAEgndvMguT8A>

https://www.youtube.com/watch?time_continue=1&v=eWSvFBLhamA

Das könnte Sie auch interessieren:

#Migrationspakt - unser globales Schicksal? - www.kla.tv/Migrationspakt

#AngelaMerkel - www.kla.tv/AngelaMerkel

#MeinungUngeschminkt - ungeschminkt - www.kla.tv/MeinungUngeschminkt

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- ➔ was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- ➔ wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- ➔ tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.